

4. Sitzung vom 5. September 2022

rsa

Seite 39

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 5. September 2022, 19:00 – 19:55 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	31 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	Sandy Bossert Ernst Grand Edith Höhn Nadia Schüpbach

Traktanden

1. Mitteilungen
 2. Fragestunde
 3. Abnahme der Protokolle vom 23. Mai 2022 und 20. Juni 2022
 4. Festsetzung der Anzahl Wahlbüromitglieder sowie offene Wahl der Mitglieder für die Amtsdauer 2022-2026
 5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 24. Juni 2022, betreffend Werkstatt ZÜRISÉE; Begründung
 6. Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, vom 18. August 2022, betreffend Asylunterkünfte; Begründung und Dringlicherklärung
 7. Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, überwiesen am 21. März 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil; Beantwortung
- 8.- 26: Einbürgerungen
-

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 26. August 2022 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr begrüsst die Anwesenden ganz herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Noch eine Information vorab. Von der Zürichsee-Zeitung ist ein Fotograf da. Er hat die Erlaubnis, ein paar Fotos für das Archiv zu machen, damit es wieder etwas aufgefrischt ist. Also bitte nicht erschrecken.

1.1 Überweisungen

Die Weisung 2, vom 27. Juni 2022, Volksinitiative "Für einen einfachen und direkten Seezugang", wurde zur Vorberatung an die Raumplanungskommission überwiesen.

1.2 Eingänge

- Sitzungstermine Gemeinderat 2023
 - Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, vom 18. August 2022, betreffend Asylunterkünfte
 - Protokoll der GR-Sitzung vom 20. Juni 2022
 - Protokoll der GR-Sitzung vom 23. Mai 2022
 - Frage von Bruno Cogliati, SVP, für das Traktandum Fragestunde
 - Beantwortung der Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, überwiesen am 21. März 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil
 - Weisung 2, vom 27. Juni 2022, Volksinitiative "Für einen einfachen und direkten Seezugang"
 - Interpellation der FDP-Fraktion, vom 24. Juni 2022, betreffend Werkstadt ZÜRISSEE;
-

0.5.0

2. Fragestunde

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Bruno Cogliati, SVP, hat zu diesem Traktandum eine Frage eingereicht. Sie lautet folgendermassen:

"Wird beim wichtigen städtischen Anliegen (Fahrzeugschliessung Seeplatz durch die Unterführung Merkurstrasse) die Durchfahrt mit überhohen und überlangen Lastwagen und Fahrzeuge der Blaulichtorganisationen in die Planung miteinbezogen?"

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Selbstverständlich ist dies ein wichtiges Thema, das wir schon früh angeschaut haben. Es ist so, dass es beim Umbau des Bahnhofs für die Blaulichtorganisationen und Lastwagen mit Überhöhe bzw. Überlänge keine Verschlechterung, aber auch keine Verbesserung gibt. Es bleibt der Status quo. Die Unterführung bei der Merkurstrasse gehört der Stadt. Es ist jetzt schon so und wird auch zukünftig so bleiben, dass Rettungswagen und Feuerwehr durchkommen. Wenn man möchte, dass auch grosse

Tanklöschfahrzeuge etc. durchkommen, müsste die Unterführung höher gemacht werden. Das geht jedoch nur, wenn noch tiefer in den Grund hineingebaut wird. Sie können sich sicher vorstellen, was das heisst. Wir als Stadt müssten dies alles finanzieren. Technisch ist es sehr schwierig und mit immensen Kosten verbunden. Die SBB selber braucht keine Überhöhe, daher würde die SBB auch nichts mitfinanzieren. Darum ist dies für die Stadt im Moment kein Thema, vor allem, da es keine Verschlechterung zum heutigen Zustand gibt.

Nun erlaube ich mir noch etwas in eigener Sache zu sagen. Alle die am Stand der Stadt Wädenswil an der GEWA waren, sind von Planen Bauen und den Werken darüber informiert worden, was alles so läuft, auch über den Onlienestadtplan. Ich möchte alle, auch den Gemeinderat, auf den Onlienestadtplan aufmerksam machen. Er ist mittlerweile ein sehr wichtiges Tool geworden, nicht nur für die Verwaltung, sondern auch für Planer, aber auch für die normale Bevölkerung. Es hat für jeden etwas dabei. Gehen Sie auf den Stadtplan, Sie finden auf dem Flyer einen Link, und schauen Sie sich die verschiedenen Karten zu den verschiedensten Themen an. Man sieht beispielsweise was für Bauten in Wädenswil geplant sind, wo und welche Neophyten es gibt und weiter können Sie auch die Energieplanung pro Gebäude sehen. Sie können sehen, ob eine Erdsonde möglich ist oder nicht, wo die Leitungen für Abwasser und Wasser sind, wo es Briefkästen für den Briefeinwurf hat und wo es Denkmalschutzobjekte usw. gibt. Es gibt dutzende von Themen, die sicherlich auch für Sie als Gemeinderäte interessant sind, aber auch für die normalen Bürger, die politisch nicht so aktiv sind.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Der Fragesteller hat nun die Möglichkeit, eine kurze Erklärung abzugeben, Präzisierungen zu verlangen und sachbezogene Ergänzungsfragen zu stellen.

Bruno Cogliati, SVP: Astrid Furrer sagte in der Antwort, dass im Moment Krankenwagen durch die Unterführung kommen. Jedenfalls habe ich es so verstanden. Meines Erachtens kann dort nur eine Bahre durchgerollt werden, aber für ein Krankenauto gibt es keinen Platz. Wenn es so bleibt, wie es im Moment ist, kann auch in Zukunft kein Krankenauto dort zum Seeplatz fahren. Vielleicht ist es auch nicht nötig. Ich bin mit der Antwort nicht ganz einverstanden, aber es ist gut.

Stadträtin Planen und Bauen Astrid Furrer: Glücklicherweise war ich noch nie an einem Liveeinsatz und habe es deshalb noch nie gesehen. Mir ist jedoch von verschiedenen Seiten versichert worden, dass das geht.

(Ein Zuschauer ergreift mehrmals das Wort. Der Ratspräsident und der Ratssekretär erklären, dass dies im Ratsbetrieb nicht vorgesehen ist und auch nicht toleriert werden kann.)

0.5.1

3. Abnahme der Protokolle vom 23. Mai 2022 und 20. Juni 2022

(Die Protokolle vom 23. Mai 2022 und 20. Juni 2022 werden genehmigt.)

0.3.1

4. Festsetzung der Anzahl Wahlbüromitglieder sowie offene Wahl der Mitglieder für die Amtsdauer 2022-2026

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Die Geschäftsleitung Gemeinderat hat am 7. Juni 2022 beschlossen, dem Gemeinderat zu beantragen, die Mitgliederzahl des Wahlbüros für die Amtsdauer 2022-2026 auf 120 Personen festzulegen. Zur Begründung wird auf den Beschluss vom 7. Juni verwiesen.

(Auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten gibt es keine Gegenanträge).

Abstimmung über die Festsetzung der Mitgliederzahl des Wahlbüros

Die Mitgliederzahl des Wahlbüros für die Amtsdauer 2022-2026 wird einstimmig auf 120 festgesetzt.

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Wir kommen zur Wahl der Wahlbüromitglieder für die Amtsdauer 2022-2026. Für den Wahlvorschlag der IPK verweisen wir auf den schriftlichen Antrag und die Liste der Kandidaten im elektronischen Sitzungstool.

(Auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten gibt es keine anderen Vorschläge).

(Auf Antrag des Ratspräsidenten beschliesst der Gemeinderat, die anstehende Wahl in globo durchzuführen.)

Wahl der Wahlbüromitglieder

Ohne Weiterung und in globo werden die Wahlbüromitglieder gemäss Liste der IPK einstimmig für die Amtsdauer 2022-2026 gewählt.

0.5.4

5. Interpellation der FDP-Fraktion, vom 24. Juni 2022, betreffend Werkstadt Zürisee; Begründung

Beat Lüthi, FDP: Es sind nun schon einige Jahre vergangen seit dem Erwerb des Grundstücks Rütihof, das für die damaligen Verhältnisse eine sehr grosse Grössenordnung für die Stadt hatte. Mit diesem Geschäft waren viele Hoffnungen und Erwartungen verbunden. Der Stadtrat hat sich dazu auch drei wichtige Ziele gesetzt.

Wir finden es daher an der Zeit, nach einigen Jahren, die nun vergangen sind, eine Zwischenbilanz zu ziehen, sowohl rückblickend wie auch einen Ausblick zu geben, wie es am

Schluss aussieht und wie es um die Erreichung dieser gesteckten Ziele steht, also insbesondere um den Erhalt bestehender Firmen und Arbeitsplätze in Wädenswil, die Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie um die Stärkung des Anteils juristischer Personen am Steueraufkommen der Stadt.

Wie die meisten von Ihnen wahrscheinlich bereits wissen, ist der Anteil juristischer Personen am Steueraufkommen in Wädenswil im kantonalen Vergleich ausserordentlich tief. Das ist einer der Hauptgründe, wenn nicht der Hauptgrund, warum Wädenswil als Seegemeinde immer noch im Finanzausgleich verharrt, sprich weniger als 95% der durchschnittlichen kantonalen Steuerkraft aufweist. Wädenswil war früher ein grosser Industriestandort, aber man verpasste in den 70er, 80er und 90er Jahren vermutlich die Chancen im Zuge des damaligen Strukturwandels die verschwindenden Firmen durch potente neue Unternehmen zu ersetzen. Der Beitrag juristischer Personen ans gesamte Steueraufkommen betrug 1990 15%, aktuell und seit vielen Jahren, ich glaube mindestens seit 2005, nur noch rund 7%. Das sind 8 Prozentpunkte weniger und ist sehr erheblich. Hier haben wir eindeutig Handlungsbedarf und deshalb gilt es bei der Entwicklung des Rütihofs und der Entwicklung anderer Branchen und Grundstücke dem Aspekt hohe Bedeutung beizumessen. Eine Nebenbemerkung sei hier erlaubt: Das seit einigen Jahren ganz weit obenstehende Ziel, Bildungsstadt zu sein, hilft diesem Aspekt natürlich in keinster Weise, so wichtig uns allen Schule und Ausbildung ist.

Zum zweiten möchten wir vom Stadtrat auch wissen, was für Einschränkungen, falls es solche gibt, sich die Stadt bei der Veräusserung von Grundstücken im Rütihof allenfalls auferlegt. Wir kennen diese Einschränkungen nicht im Detail, aber wir bitten den Stadtrat um Klärung. Wie Sie wissen, entwickeln sich die Landwerte nicht statisch, sondern dynamisch. Das sieht man sehr gut an der Entwicklung der Baulandpreise für Wohnungsbau. Diese sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Beim Gewerbeland ist es vielleicht etwas weniger ausgeprägt, aber dennoch. Es ist daher wichtig, dass die Stadt die Möglichkeit hat, nicht nur die drei erstgenannten Ziele zu erreichen, sondern angesichts der langen Haltedauer des Grundstücks auch adäquate, marktgerechte Preise erzielen darf, auch wenn solche dann einen Gewinn für die Stadtkasse abwerfen.

Die Interpellation betreffend Werkstadt Zürisee geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

6. Dringliche Interpellation der SVP-Fraktion, vom 18. August 2022, betreffend Asylunterkünfte; Begründung und Dringlicherklärung

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Neben der Fragestunde haben wir heute auch die Premiere eines neues politischen Instruments; die dringliche Interpellation. Gerne möchte ich darum kurz den Ablauf erklären:

Eigentlich handelt es sich um eine ganz normale Interpellation, wie wir sie schon aus dem bisherigen Reglement Gemeinderat kannten. Neu gibt es aber die Möglichkeit, die Interpellation mit einem Antrag auf Dringlichkeit zu verbinden. Über den Antrag auf Dringlichkeit wird

dann abgestimmt. Wenn 18 Gemeinderatsmitglieder der Dringlichkeit zustimmen, erfolgt die Beantwortung bereits an der nächsten Gemeinderatssitzung mündlich und nur mündlich. Erreicht der Dringlichkeitsantrag keine Mehrheit im Gemeinderat, wird der Vorstoss als normale Interpellation behandelt und die Frist für den Stadtrat beträgt 3 Monate.

Konkret werden wir also nun die Begründung der Interpellation hören sowie die Begründung, weshalb die Interpellation für Dringlich erklärt werden soll. Dann stimmen wir über die Dringlichkeit ab.

Gabi Bachmann, EVP: Ist eine Diskussion möglich?

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Es ist keine Diskussion möglich, ausser über die Dringlichkeit.

Charlotte Baer, SVP: Die Ausgangslage ist bekannt: Um sich für einen möglichen verstärkten Zustrom von Ukraine-Flüchtlingen zu wappnen, plant der Stadtrat vorsorglich zwei Containersiedlungen für jeweils 144 Personen an der Alten Landstrasse und zwischen Speerstrasse und Rotweg. Diese Siedlungen sind auf drei Jahre befristet und können je nach Bedarf etappenweise erstellt werden. Zusätzlich ist am Zopfweg eine permanente Siedlung mit Notwohnungen geplant, als Ersatz für die zwischenzeitlich baufälligen Unterkünfte im Hänsital.

Asylpolitik ist ein Kernthema der SVP. Das wissen offenbar auch die umliegenden Anwohnerinnen der geplanten Siedlungen. Anders ist nicht zu erklären, warum verschiedene SVP-Exponenten trotz Sommerferienzeit mit besorgten Anfragen überhäuft worden sind.

Die städtische Informationspolitik ist suboptimal angelaufen, was der Stadtrat selber zugibt. Allerdings muss man auch festhalten, dass die aktuelle Flüchtlingssituation für alle ganz neu und herausfordernd ist, und daraus erst gelernt werden muss. Der Stadtrat hat zwar am 16. August 2022 einen Informationsabend durchgeführt. Dort konnten aber bei weitem nicht alle Vorbehalte aus der Bevölkerung ausgeräumt werden. Leider sind vereinzelt auch böse Voten gefallen, die an dieser Stelle niemand wiederholen, geschweige denn unterstützen will. Gabi Bachmann hat in ihrem Leserbrief vom 24 August 2022 in der Zürichsee-Zeitung darüber berichtet. Gerade solches zeugt aber auch von Unsicherheit und Brisanz in der Bevölkerung.

Die vorliegende Interpellation ist ein Wählerauftrag der SVP. Es geht nicht darum, Öl ins Feuer zu giessen - es brennt nämlich schon genug - oder den Stadtrat anzugreifen. Stadtrat Daniel Tanner hat in anderem Zusammenhang einmal auf ein gutes Einvernehmen zwischen Stadtrat und Gemeinderat gesetzt. Die SVP-Fraktion möchte dieses wenn immer möglich mittragen. Ziel der Interpellation ist darum vielmehr, dem Stadtrat Gelegenheit zu bieten, nochmals und strukturierter mit der Anwohnerschaft, der Öffentlichkeit und den Steuerzahlenden einen Dialog zu führen, unter Berücksichtigung der angemeldeten Vorbehalte. Wo drückt der Schuh am meisten?

- Sicher wegen zu viel Dichte, weil zwei von drei Projekten im gleichen Quartier vorgesehen sind, zusätzlich zu den bereits schon vorhandenen Asylunterkünften. Natürlich

ist das, wie Hans Roth argumentiert hat, verglichen mit den Aufnahmezentren, beispielsweise in Zürich, bescheiden. Aber verschiedene Anwohnerinnen sind gerade darum von Zürich nach Wädenswil gezogen, weil sie genau das nicht wollen.

- Schon jetzt sind Kinderspielplätze in den betroffenen Quartieren offenbar Mangelware. Und wenn nun noch mehr Kinder erwartet werden? Wo spielen denn diese?
- Dann ist bei den Containersiedlungen von Provisorien für drei Jahre die Rede. Könnten daraus am Ende nicht "Providurien" werden? Es wären nicht die Ersten in der Stadt.

Auch für die SVP ist unbestritten, dass Kriegsflüchtlingen Schutz zu bieten ist und dass für effektiv Bedürftige ein Angebot an Notwohnungen vorhanden sein muss.

Dann noch eine spezielle Bemerkung zur Frage 7: Es ist schon einige Jahre her, seit der Stadtrat im Rahmen seiner Vier-Säulen-Strategie zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum die beiden Grundstücke an der Alten Landstrasse und zwischen Speerstrasse und Rotweg als "strategisch günstig" bezeichnet hat. Die SVP-Fraktion hat diese stadträtliche Wohnraumstrategie jeweils mitgetragen. Umso mehr interessiert sie sich für die aktuelle Sichtweise des Stadtrats, zumal erschwinglicher Wohnraum für den Mittelstand auch in Wädenswil bekanntlich immer rarer wird.

Ich schliesse mit der Begründung des Dringlichkeitsantrags der Interpellation im Sinn von Artikel 48 der Geschäftsverordnung Gemeinderat. Die Situation ist bei allen Betroffenen, der Anwohnerschaft, den Asylsuchenden und der Politik angespannt, dringend und nicht konfliktfrei. Eine allseits zumutbare Lösung, wo nach Auffassung der SVP-Fraktion vor allem auch den Bedürfnissen der Anwohnerschaft gerecht werden muss, liegt nicht einfach auf der Hand. Die SVP-Fraktion will darum nicht mit ausgedehnten und kostspieligen Verschriftlichungen die Kapazität von Stadtrat und Verwaltung binden, sondern bevorzugt eine zügige, aber konstruktive mündliche Beantwortung ihrer Fragen an der nächsten Gemeinderatssitzung, was mit einer Dringlicherklärung des Vorstosses ermöglicht wird.

Ich stelle darum den Antrag auf Dringlichkeit dieser Interpellation und Danke für die Aufmerksamkeit.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr stellt Hans Roth, SP, einen Antrag auf Diskussion.)

Abstimmung Antrag Diskussion

Der Rat stimmt dem Antrag auf Diskussion grossmehrheitlich zu.

Hans Roth, SP: Die SP/EVP-Fraktion versteht die Bedenken und Ängste der unmittelbaren Nachbarschaft der genannten Unterkünfte. Ich meine, der Stadtrat kann mit einer geeigneten Informationspolitik die Bevölkerung soweit aufklären und beruhigen. Hier besteht noch etwas Luft nach oben, wie wir gesehen haben. Wir unterstützen die Dringlichkeitserklärung nicht. Unterkünfte zu planen ist ein länger dauernder Prozess. Deshalb scheint uns eine Dringlichkeitserklärung im vorliegenden Fall nicht angemessen.

Stadträtin Soziales Claudia Bühlmann: Dem Stadtrat ist es bewusst, dass das Thema einerseits brisant und andererseits auch sehr aktuell ist. Darum anerkennen wir die Dringlichkeit und beantworten die Interpellation sehr gerne an der nächsten Sitzung.

Abstimmung Dringlichkeit (mit Stimmzählern)

Der Rat stimmt der Dringlichkeit mit der Mehrheit der Ratsmitglieder zu.

Die Interpellation betreffend Asylunterkünfte wird dringlich erklärt und geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

0.5.4

7. Interpellation der Fraktionen BFPW/EDU, Die Mitte, EVP, FDP/GLP, Grüne, SP und SVP, vom 14. Januar 2022, überwiesen am 21. März 2022, betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil; Beantwortung

Stadtpräsident Philipp Kutter: Vielen Dank für die Interpellation und die Fragen zu einem sehr wichtigen Thema. Ich finde es gut, dass sich alle Fraktionen zusammengetan und gesagt haben, wir finden es wichtig, dass in Wädenswil nicht das Gleiche passiert wie in anderen Gemeinden. In der Interpellation wird ja auch auf einen Vorfall in der Westschweiz verwiesen. Ich kann vorausschicken, auch aufgrund der gesetzgeberischen Rahmenbedingungen, dass der geschilderte Fall aus der Westschweiz in Wädenswil unwahrscheinlich ist. Ich habe aber auch gelernt, dass in der Informatik-Sicherheit und im Datenschutz immer mit Wahrscheinlichkeiten argumentiert werden muss, weil es bei diesem Thema keine absolute Sicherheit gibt. Der Stadtrat ist sich der Wichtigkeit des Themas ITK-Sicherheit und Datenschutz und der Bedeutung oder dem Risiko von Cyber-Angriffen für die Stadtverwaltung sehr bewusst. Wir haben auch sehr schützenswerte Daten, die wir nach bestem Wissen und Gewissen versuchen zu schützen. Dazu haben wir uns auch Grundlagen erarbeitet. Es gibt die "Strategie Digitale Verwaltung", auf die wir in der schriftlichen Antwort verweisen und in welcher wir festhalten, was für ein Sicherheitskonzept für uns gilt und wo wir auch verschiedene Projekte im Zusammenhang mit der Informations- und Kommunikationstechnologie Sicherheit definiert haben. Diese Projekte werden durch unsere Dienststelle Informatik geplant und schrittweise umgesetzt. Anschliessend, wenn wir wieder einmal so ein Projekt umgesetzt haben, wird die neue Sicherheitsstufe auch getestet mit einem sogenannten Penetration-Testing und es gibt, je nach dem, was die Tests ergeben, auch weitere Massnahmen,

die eingeleitet werden. Das ist natürlich, wie man so schön sagt, nicht einmal abgeschlossen, sondern die Sicherheitsbemühungen müssen jeden Tag weitergehen. Die Digitalisierung nimmt ja noch zu und wir wollen das auch. Darum werden die Bemühungen immer an Wichtigkeit zulegen. Wir sind im Moment zuversichtlich bzw. wir haben den Eindruck, dass die Daten der Stadtverwaltung Wädenswil sicher sind und dass sowas bei uns nicht passieren kann wie in dieser Gemeinde aus der Westschweiz.

Es ist auch so, dass wir nicht alles alleine machen. Wir werden regelmässig von Aussen überprüft. Von verschiedenen Seiten gibt es sogenannte Audits. Das Gemeindeamt des Kantons Zürich auditiert unser Informations- und Datenmanagement oder hat es in der Vergangenheit schon gemacht. Der Datenschutzbeauftragte des Kantons Zürich hat uns in Bezug auf den Datenschutz hin schon geprüft und Empfehlungen ausgesprochen. Unsere eigene Revisionsfirma, früher die BDO und jetzt Balmer-Etienne, prüft unser Informations- und Datenmanagement. Der Bezirksrat Horgen testet uns auf Datensicherheit und Datenschutz. Weiter gibt es verschiedene Penetration-Testing, die wir anwenden.

Das ist in etwa das, was wir tun. Wenn gewünscht, kann der Stadtrat bei Gelegenheit in der GRPK oder in der Sachkommission, je nachdem, welche Kommission sich damit vertiefter befassen möchte, alles etwas breiter auslegen, da sich alle Fraktionen für dieses Thema interessieren. Da wären wir sehr offen. Wir hatten einen solchen Austausch mit einer Delegation der GRPK in der Vergangenheit auch schon und somit wäre so etwas sicher auch wieder möglich – falls gewünscht.

Das sind meine Ausführungen. Ansonsten verweise ich auf den schriftlichen Bericht und danke für Ihr Interesse. Falls es noch Bemerkungen der Interpellanten gibt, höre ich gerne zu.

Patrick Höhener, Grüne: Danke Kutti für die Beantwortung der Fragen. Du hast bereits gewisse Sachen vorweggenommen, die ich auch sagen will. In diesem Sinn sind wir ähnlich unterwegs.

Beim Durchlesen der stadträtlichen Antwort sowie der Erlasse ist eigentlich klar, dass die Thematik Cyber-Sicherheit grundsätzlich anerkannt und ernst genommen wird. Das ist sicher erfreulich, richtig und wichtig. Es ist die Rede von State-of-the-art Enterprise Technologien, Best-Practice Empfehlungen sowie von namhaften Schweizer IT-Security Dienstleistern, mit welchen zusammengearbeitet wird und die involviert sind. Es ist wichtig und erfreulich, dass der Stadtrat bei den Mitarbeitenden Wert auf die Etablierung einer sogenannten Sicherheitskultur legt, wie man es in einem Dokument nachlesen kann. Mitarbeitende sind oft, aber nicht nur, durch ihr Handeln das Eintrittstor für einen Cyber-Angriff. Die Frage ist nun, ist alles gut und soweit in Ordnung? Ja, und du hast gewisse Sachen bereits vorweggenommen. State-of-the-art Enterprise Technologien und Best-Practice Empfehlungen, das tönt wie aus einem Werbeprospekt. Das Vokabular kennen wir, sagt aber nicht so viel aus. Bei den Dienstleistern wäre es sicher noch spannend zu wissen, wer denn diese Firmen und namhaften Partner sind. Sind es eher kleinere Unternehmungen? Aber du hast gesagt, dass es teilweise kantonale und andere Stellen sind, die involviert sind und solche Audits machen. Das ist sicher gut zu wissen.

Eine absolute Sicherheit gibt es nicht, das hast du selber gesagt und auch die Technik kann dies nicht garantieren. Im schlimmsten Fall verlässt man sich sogar zu fest auf die Technik oder man verlässt sich auf die zuverlässigen Partner, die ja professionell sind und man ist überzeugt davon, dass jede und jeder einen guten Job macht.

Auf die Frage 5, ob im Fall eines Cyber-Angriffs ein Krisen- oder Kommunikationskonzept existiert, antwortet der Stadtrat mit einem klaren Nein. Jedoch wird ergänzt, dass der Stadtrat in einem Fall die Organisation für Not- und Katastrophenfälle bestimmt und gegebenenfalls das Gemeindeführungsorgan einberuft. Mich hat die Ehrlichkeit der Antwort gefreut, aber die Aussage selbst hat mich irritiert. Für mich heisst das mit anderen Worten: Falls etwas passiert, schauen wir dann. Das ist kein Konzept. Ich habe mit einem erfahrenen IT-Kollegen über dieses Thema gesprochen und dieser hat mir bestätigt, dass es essenziell ist, dass man sich als Führung einer Organisation, egal ob als Firma oder Stadt, ganz konkret mit dem Thema Cyber-Angriff auseinandersetzt. Sprich, man muss wissen, wer wann was macht, wenn etwas passiert. Das heisst, wer für was zuständig ist, wer zu involvieren ist, wer entscheidet, wer führt aus etc. Das muss aber alles geklärt sein, bevor allenfalls etwas passiert. Aus seiner Erfahrung sagte mir der Kollege, dass ein Ernstfall, egal welcher Art, mit dem man heute leider jederzeit rechnen muss, nur noch halb so schlimm ist, wenn man gut vorbereitet ist und wenn solche Szenarien vorgängig möglichst realitätsnah durchgespielt worden sind. Sicher kann man auch von Firmen und Gemeinden lernen, welche bereits Opfer eines Cyber-Angriffs geworden sind. Also aus den Fehlern anderer lernen.

In diesem Sinne bitte ich den Stadtrat, wie du Philipp es selber schon ein bisschen gesagt hast, die erwähnten Berichte (Audit Protokolle, Resultate der Penetration-Tests) und Informationen, wer denn diese Dienstleister sind, dem Gemeinderat, beispielsweise der GRPK oder der Sachkommission, zugänglich zu machen. Ich bitte jedoch den Stadtrat, sich doch Gedanken zu machen, ein spezifisches Krisen- und Kommunikationskonzept für Cyber-Angriffe auszuarbeiten.

(Auf Nachfrage des Gemeinderatspräsidenten stellt Patrick Reust, SP, einen Antrag auf Diskussion.)

Abstimmung Antrag Diskussion

Der Rat stimmt dem Antrag auf Diskussion mehrheitlich zu.

Patrick Reust, SP: Die SP- und EVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Fragen. Wie wir vorhin von unserem Stadtpräsidenten gehört haben, nimmt der Stadtrat die Bedrohung von Cyber-Angriffen ernst. Das ist beruhigend zu hören. Die Sicherung der IT-Infrastruktur ist für die Abwehr solcher Angriffe zentral. Darauf scheint der Stadtrat auch sein Augenmerk zu legen, wie er es in seiner Antwort ausgeführt hat. Es geht aber keineswegs nur um Abwehr. Kein Schutz ist 100%ig, wie wir bereits zweimal gehört haben.

Sollte ein Cyber-Angriff trotz allen getroffenen Massnahmen tatsächlich erfolgreich sein, ist ein rasches und konsequentes Handeln wichtig. Nur so kann der Reputationsschaden für Wädenswil eingedämmt und das Vertrauen in die Stadtverwaltung bewahrt werden. Aus Sicht unserer Fraktion ist dafür ein Krisen- und Kommunikationskonzept zwingend notwendig. Wird ein solches erarbeitet, beschäftigen sich die richtigen Leute in der erforderlichen Tiefe mit einer solchen Krise und im Eintretensfall wissen alle sofort, was zu tun ist. Dazu muss das Rad nicht neu erfunden werden. Es gibt eine Menge solcher Konzepte. Man muss bloss die bekannten Massnahmen an die Gegebenheiten von Wädenswil anpassen.

Wir erachten es als wichtig, dass der Stadtrat ein solches Konzept erstellen lässt, um im Fall eines gelungenen Cyber-Angriffs weit möglichst vorbereitet zu sein und wenigstens in der Reaktion darauf, einen kleinen Vorsprung zu haben.

Die Interpellation betreffend Cyber-Sicherheit der Gemeinde Wädenswil gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

1.1.1

8 - 26. Einbürgerungsgesuche

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Kurz zum Ablauf: Hans Roth, Präsident der Bürgerrechtskommission, wird einmal den Antrag stellen für alle Einbürgerungskandidaten. Danach werden wir einzeln über jedes Einbürgerungsgesuch im Rat abstimmen. Ich bitte darum, dies ganz am Schluss mit einem Applaus zu honorieren, damit wir effizient durch die Einbürgerungen kommen.

Präsident der Bürgerrechtskommission Hans Roth, SP: Die Einbürgerungskommission stellt den Antrag, den Kandidatinnen und Kandidaten das Wädenswiler Bürgerrecht zu erteilen.

Erlauben Sie mir dazu noch eine Bemerkung. Die grosse Liste der Einbürgerungskandidatinnen und -kandidaten könnte den Verdacht aufkommen lassen, wir würden die Gesuche einfach so durchwinken. Ich gebrauche nun dieses wüste Wort. Sind Sie sich bewusst, dass die Menschen, die sich einbürgern lassen wollen, bestimmte Voraussetzungen erfüllen müssen, ziemlich viele Dokumente einreichen müssen, je nachdem einen Sprachtest bestehen müssen, der nicht ganz kostenlos ist und einen Gesellschaftstest machen müssen? Danach erst kommen die Personen zum Gespräch. Sie sehen, das ist ein recht beschwerlicher und zum Teil ein sehr kostspieliger Weg. Ich möchte das einfach nochmals betonen, damit Sie das alles wertschätzen, wenn wir Leute für das Wädenswiler Bürgerrecht vorschlagen.

Abstimmung über die Einbürgerungsgesuche

Gegen die von der Bürgerrechtskommission beantragten 38 Einbürgerungen gibt es keine Wortmeldungen und Gegenanträge. Es wird einzeln über die Einbürgerungen abgestimmt und den Kandidatinnen und Kandidaten unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton das Wädenswiler Bürgerrecht erteilt.

[Die amtliche Publikation mit den erforderlichen Angaben über die Kandidaten erfolgt mit der Publikation der Beschlüsse am Freitag, 9. September 2022.]

Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr: Unter Vorbehalt der Genehmigung durch Bund und Kanton haben Sie mit der Zustimmung durch den Gemeinderat heute Abend das Wädenswiler Bürgerrecht erworben. Herzliche Gratulation Ihnen allen. Machen Sie doch bitte Gebrauch von Ihren neuen Rechten und beteiligen Sie sich am Wädenswiler Stadtleben. Der Stadtrat führt zwei Mal pro Jahr einen Neubürger- und Neuzuzügeranlass durch. Dazu sind Sie herzlich eingeladen. Sie werden in absehbarer Zeit entsprechende Post erhalten. Die eingebürgerten Personen sollen nach der Sitzung noch kurz nach vorne an den Tisch kommen. Ihnen wird ein kleines Präsent überreicht.

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Lukas Wiederkehr schliesst die Sitzung.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.